

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Abnehmer 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Verlagsadresse: Nr. 23 885 „Engelshofener Weg“ e. V. m. b. H., Dresden. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 2837.

Montag, den 13. Juni 1921

Abgabepreis: Die 8 gelbsteckten Blattmeterweite oder deren Raum 0,80 Mk. außerdem 0,80 Mk. Steuern- und Wohnungsgeld, Familienabgaben, Gebühren und Veranlagungsbeiträge 0,40 Mk. Wohnort: Die Blattmeterweite, 8 gelbsteckten oder deren Raum im 2. u. 3. — Nr.

An das deutsche Proletariat!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Im März 1920 stand die deutsche Arbeiterklasse auf wie ein Mann und warf die Kapprebell in Rhein- und Westfalen, in Thüringen, in Sachsen, in Berlin und in Schlessen zu Boden. Das deutsche Proletariat konnte damals der Konterrevolution für immer ein Ende machen. Es ließ sich jedoch durch das Bielefelder Abkommen von der Ausnutzung seines unbestrittenen Sieges abhalten.

Arbeiter, Klassengenossen! Ihr wißt, daß von den Gewerkschaftsführern und den sozialdemokratischen Parteien nicht das Geringste zur Durchführung des Bielefelder Abkommens unternommen wurde. Im Gegenteil. Nach der größten Machtentfaltung des deutschen Proletariats konnte im Ruhrgebiet der weiße Schrecken mitleiden und in Bayern die sozialdemokratische Regierung Hoffmann einem Staatsstreich der Konterrevolution zum Opfer fallen. Damals verhallte der Ruf der Kommunisten nach der Bewaffnung der Arbeiter und zur Entwaffnung der Konterrevolution ungehört. Die Konterrevolution sah sofort wieder oben auf. Unter der Kapp-Regierung Rahr sammelten sich in Bayern die aktivsten Kappverbrecher. Aus allen Teilen Europas trafen die monarchistischen Verschwörer unter dem Schutze des Polizeilumpen Pöhner zusammen. Bayern steht in enger Verbindung mit Horthy-Ungarn und Frankreich. In den imperialistischen Plänen der westeuropäischen Kapitalmächte ist das monarchistische Bayern als hervorragender Exponent in Rechnung gestellt.

Die weißen Gardien, die Leviné ermordeten und das Blutbad unter den katholischen Gesellenvereinigern anrichteten, sie bildeten den Kern der Orgeßbanditen, jener bewaffneten Avantgarde der besitzenden Klasse, die die Machtpositionen des Kapitalismus mit den Bajonetten schützt.

Das deutsche Proletariat hat diese Schande hingenommen. In Bayern sind die Kommunisten unterdrückt und verfolgt. Sie werden von der Polizei aus dem Lande gejagt oder in die Gefängnisse geworfen. Der bayrische Landtag wurde zum Komödienhaus. Der Polizeiführer Pöhners herrscht unumschränkt.

Die Anerkennung der Entwaffnungsforderung der Entente, der schüchterne Versuch zu einer Scheinentwaffnung durch die Regierung Wirth war bereits das Signal zur Rebellion der Orgeß: Die Waffen in die Hand der herrschenden Klasse! Keine Entwaffnung der Orgeß! Fort mit der Reichsregierung! Nieder mit dem Proletariat! Das sind die Losungen, unter denen Orgeß kämpft.

Der Mordmord an dem unabhängigen Abgeordneten Gareis ist das Werk des Rahr-Systems. Die illegalen Orgeßbanden von heute fühlen sich als die berufenen gesetzlichen Schutzhorden der Reichsregierung von morgen.

Rahr hat die Herrschaft über seine monarchistischen Eliten verloren! Er ist nur noch gefügiges Werkzeug in den Händen der schärfsten Gegner der Arbeiterklasse, der monarchistischen Offiziere, der Freischärler und Orgeßknechte.

Die bayrische Arbeiterklasse hat den Streich der Konterrevolution spontan mit dem Generalstreik pariert. Eine Versammlung der Gewerkschaften, der Betriebsräte und der KPD, USPD, und SPD, hat den dreitägigen Generalstreik für ganz Bayern beschlossen. Das Ziel des Streikes ist die

Beseitigung der Regierung Rahr!

Arbeiter! Arbeiterinnen! Die Bewegung zum Sturz der Rahrregierung darf nicht auf Bayern beschränkt bleiben. Sie darf nicht früher enden, bevor nicht Rahr am Boden liegt. Die übrigen Arbeiter Deutschlands dürfen ihre bayrischen Brüder unter keinen Umständen allein kämpfen lassen. Der Sturz der Orgeßregierung ist eine unmittelbare Lebensnotwendigkeit für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. In ganz Süddeutschland, in Thüringen, in Sachsen, Schlessen, Ostpreußen, an der Wasserkante, im Ruhrrevier und vor allem am Siege der Reichsregierung, in Berlin, muß der letzte Mann mobil gemacht werden gegen die Mörderregierung in Bayern.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Schon im März dieses Jahres stand in Bayern das Barometer auf Sturm. Rahr und seine Banditen erklärten mit zynischer Offenheit, daß sie auf die Gesetze pfeifen. Und wieder war es die Kommunistische Partei, die allein im Kampfe gegen die weißen Gardien stand. Der Schuß, der Gareis niederstreckte, zerriß den Schleier, der vor den Augen der unabhängigen und rechtssozialistischen Arbeiter ausgezogen wurde. Heute erkennt das ganze deutsche Proletariat, wie recht die Kommunisten taten, als sie im vergangenen März die Waffen in den Kampf führten.

Was im März nicht zustande kam, muß jetzt Wirklichkeit werden:

In ganz Deutschland müssen die Arbeiter geschlossen aufmarschieren!

Begnügt euch nicht mit Protesten! Die Kommunisten haben euch schon in ihrem Mai-Aufruf gesagt, daß es genug sei des Protestierens und der Resolutionen!

Rahr muß die eiserne Faust des Proletariats zu spüren bekommen! Ihr könnt jedoch Rahr nicht beseitigen, ohne in schärfster Kampfstellung zu geraten zur Reichsregierung und zur gesamten herrschenden Klasse, die zwar moralische Entrüstung über den Mordmord heuchelt, sich jedoch im Stillen mit Rahr solidarisch erklärt.

Der Angriff auf Rahr ist die Aufrollung der revolutionären Klassenfront gegen die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer auf der ganzen Linie!

Rahr benutzt den Mord an Gareis, um den Belagerungszustand gegen die Arbeiterschaft zu verschärfen! Er verbietet ihre Demonstrationen. Er verhaftet ihre Flugblattverteiler. Er mobilisiert unter dem frenetischen Jubel seiner Klasse die Technische Nothilfe. Die Streikbrecherkolonnen des Münchener Bürgerrats sind bereits in Aktion getreten. Die Unternehmer haben Verweigerung der Ausbezahlung der Löhne und Aussperrungen Streikender beschlossen.

Arbeiter! Klassengenossen! Unter den härtesten Bedingungen hat das bayrische Proletariat den Kampf aufgenommen. Die kommunistischen Zeitungen in München, in Augsburg und in Nürnberg sind noch immer verboten. Hunderte von politischen Gefangenen sitzen in den bayrischen Zuchthäusern, Gefängnissen und Festungen.

Rahr muß zum Teufel gejagt werden! Die Arbeiterschaft muß alle Schlupfwinkel der Gegenrevolution ausräumen! Die Arbeiter müssen ihre heldenhaften Kämpfer für die Revolution aus den Kerker befreien.

In Bayern ist endlich die Einheitsfront des Proletariats im Kampfe entstanden!

Die bayrischen Arbeiter haben eingesehen, daß sie den Kampf gegen die Konterrevolution nicht führen können mit Stimmzetteln und parlamentarischen Scheinmanövern. Die Erfahrungen der Revolution haben ihnen gezeigt, daß sich im Bürgerkriege jeder Konflikt zwischen der besitzenden und der ausgebeuteten Klasse zuspitzt auf die Frage:

Entwaffnung der Bourgeoisie — Bewaffnung der Arbeiterklasse!

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands fordert alle Kopf- und Handarbeiter, Handwerker und Kleinbauern und alle die, die aus dem Sumpfe der bürgerlichen Klassengesellschaft herauswollen, auf, überall in den Betrieben, Kohlenzechen und Verkehrsanstalten in den Kampf einzutreten für folgende unmittelbare Ziele:

- Sturz der Regierung Rahr!
- Entwaffnung der Bourgeoisie!
- Für den proletarischen Selbstschutz!
- Gegen den Belagerungszustand!
- Gegen die Ausnahmegerichte!
- Für die Freilassung der politischen Gefangenen!

Berlin, 11. Juni 1921.

Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die neue Offensive gegen Sowjet-Rußland.

Raum war der Kongreß der russischen Millionäre, Bankiers, Industriellen und Kriegsgewinnler zu Ende, noch konspirierten die russischen Monarchisten unter der Ehrenwache der Orgeß in Bayern, noch war dieser schüchterne Kongreß des „wirtschaftlichen Aufbaues“ nicht zu Ende, als in Paris ein neuer Konventikel zu tagen begann — dieses Mal nicht mehr unter der Maske der wirtschaftlichen Wiederherstellung; Kongreß der „nationalen Vereinigung“ schimpft er sich diesmal.

In kurzer Zeit fanden alle drei Konventikel der russischen Konterrevolution in Westeuropa statt; jeder von ihnen hat sich anders drapiert und behorrt, jeder original gebärdet; wieso sie sich aber durch Pose, „Geste und Phrase“ von einander zu unterscheiden bemühten — sie sind von demselben Teige geknetet. Sie sind nur verschiedene Formen, verschiedene Schalen, in denen dieselbe wurmjüchtige Frucht steckt, deren universelle Name: russische Konterrevolution, deren Programm erbitterter Kampf mit dem Bolschewismus, Sturz der Sowjet-Regierung.

Seit dem Fiasko der interventionistischen Bemühungen der Ententemächte sind die dunklen Mächte der russischen Reaktion zerplittert und zerfchlagen. Aufgabe des jüngsten Kongresses soll nun die nationale Vereinigung dieser finsternen Elemente zu einem neuen Vorstoß sein. Sein Regisseur Burzew schimpfte auf die russischen Kriegsgewinnler, weil sie auf ihrem „Kongreß“ nur durch Reden ihrem Haß gegen den Bolschewismus Luft machten, aber gar keine Aktion beschlossen, keine militärischen Vorbereitungen getroffen haben. Er will nun die „russische Armee retten“ und im „bewaffneten Kampf“ das Vaterland erobern.

Bekanntlich hat Frankreich, nachdem es sich überzeugt hatte, daß der Einfluß auf Wrangel aussichtslos ist, das kostspielige Abenteuer zu liquidieren beschlossen. Nachdem die durch die Wrangelbanden aus der Krim verschleppten Güter im Werte von drei Millionen Pfund Gold-Sterling in „französisches Eigentum“ übergegangen sind, gaben die französischen Protektoren ihrem Schützling den Laufpaß und seinen Truppen den guten Rat nach Rußland oder nach Brasilien zu gehen. Wrangel hat sich geweigert, den Befehl zu befolgen, das Kommando nicht niedergelegt und seinen Agenten ist es gelungen, die Unterbringung einiger Tausend Leute in Jugoslawien und in Bulgarien durchzusetzen. Seine ganze „Armee“ soll bis 3000 Mann zählen und Wrangel, den das Schicksal Kottschaks zu locken scheint, hat noch seine Hoffnung auf ein neues Abenteuer nicht aufgegeben. Zu diesem Zwecke ist ihm aber heute eine politische Körperschaft nötig, auf die er sich stützen konnte. Er will an das „Volk“ gegen die französische Degradierung appellieren. Solange noch die letzten Hoffnungen Frankreichs an ihm hängen und er sich als ein nationaler Messias aufspielte, wollte er von keinem nationalen Komitee hören; er beanspruchte die diktatorische „Rolle“ der Macht. Als er aber eine klägliche Niederlage erlitt, durch das enttäuschte Frankreich unhöflich ersucht wurde, die Armee aufzulösen und so im luftleeren Raume hängen geblieben ist, da fing er an liberaler zu werden. Die Notwendigkeit, den letzten Winkel der Krim zu räumen und damit der Verlust jeder Machtposition zwang ihm, sollte er nicht als ein pensionierter General, sondern als Oberbefehlshaber der russischen Armee gelten, sich mit einer Repräsentanz „der russischen Staatskräfte“ verbinden.

Zu diesem Zweck stellte Wrangel und seine Clique einen russischen Sowjet in Konstantinopel auf. Um beim „Volk“ populär zu werden, und die Autorität Wrangels zu behaupten, wurde eine ganz famose Taktik anemposhien: darüber belehrt uns ein aus der Wrangelschen Kanzlei stammendes, durch den Kiemer Exreaktionär Schulgin abgefaßtes verträuliches Rundschreiben an alle Getreuen, worin es u. a. heißt: „Macht in eurem Raume rauschende Versammlungen, sendet Begrüßungstelegramme, beruhigt sie (die Flüchtlinge) mit allen möglichen schönen Worten, begrüßt die Schaffung des „russischen Sowjet“, hebt den Oberbefehlshaber in den Himmel, denn alles muß sich um ihn gruppieren.“

Als aber trotz allem die Erfolge dieser großartigen Taktik ausblieben, und sich niemand um Wrangel und sein Sowjet kümmerte, beauftragte man den „alten Revolutionär“ Burzew, etwas Grandioses in Szene zu setzen. So wurde nun unter Sinauziehung aller vaterländischen Elemente der „Kongreß der nationalen Vereinigung“ arrangiert, an dem sich auch ein Vertreter der Regierung des General Wrangels beteiligte.

Die Hauptaufgabe dieses Kongresses ist die Organisation einer „nationalen Vertretung“. Die eigenen Klassen- und Parteinteressen sollen hinter das gemeinsame Ziel der Rettung des Vaterlandes zurücktreten. Die nationale Vertretung soll sich infolgedessen um Wrangel scharen. Es soll Frankreich gezeigt werden, daß sich Wrangel des Vertrauens des Volkes erfreut, daß er durch die ganze „Nation“ mit der Führung des heiligen Krieges betraut und zum Feldherrn im nationalen Kreuzzuge gegen die Barbaren bestimmt wurde. Dieses ganze Gebahren beeinflusst die letzten Ereignisse in Ostibirien.

„Von der Justiz zur Gerechtigkeit.“

Vor einer Woche hat der in Fernen Osten unter Japans Schutz stehende Semsjontschew in dem Namen der Reichsregierung, daß er in ihm das letzte Überhaupt der russischen Armee anerkennt. Fast gleichzeitig damit übernahm der militärische Vertreter Japans in Konstantinopel ein Telegramm von dem Vandalen Kappels an Branael, worin dieser aufgefordert wird, einen Teil seiner Armee nach Wladivostok zu senden; bald darauf kam die Meldung von dem konterrevolutionären Putsch in Wladivostok, wo sich Semsjontschew der Stadt bemächtigte, um gegen die Republik des Fernen Ostens und gegen die russische Küsterepublik vorzugehen. Gegen diese Unterstüßung der russischen Konterrevolution durch Japan hat die Regierung bei den Westmächten Protest eingelegt.

Gleichzeitig führt Frankreich — wie wir aus einer anderen Profestnote Tschitscherins an Branael Regierung erfahren — Unterhandlungen mit dem in Polen internierten Petliura wegen eines neuen Vorstoßes in der Ukraine; es braucht auch nicht gesagt zu werden, daß die französische Bourgeoisie die Ereignisse im Fernen Osten mit erhöhter Spannung verfolgt.

Bei dieser Lage wird natürlich dem „nationalen Kongress“ seine Aufgabe erleichtert. Kurzum und seine „Nation“ werden mit dem größten Eifer Frankreich für einen neuen militärischen Vorstoß der russischen Reaktion an geminnen suchen, sie werden ihnen Interventionen in russische Pötte zulassen, für die sie in Frankreich keine tauben Ohren finden werden.

Es ist ein neuer Überfall der internationalen Reaktion auf den Proletariat zu befechten. In dieser Stunde muß die Arbeiterklasse aller Länder auf der Hut sein; sie muß den Ententemächtern auf die Fingerspitzen und sich bewußt sein, um die Interessen der Arbeiterklasse über die Interessen der durchkreuzten und seinen treuesten Bundesgenossen, dem roten Rußland, gegebenenfalls mit seiner ganzen Kraft in dessen herrschenden Kampf gegen die internationalen Reaktion zu unterstützen.

Politische Uebersicht.

Kahrs Provokationen.

Schließt die Reihen zur revolutionären Einheitsfront!

Die bayerische Droschkeregierung wütet gegen die Arbeiter, weil diese es wagen, gegen die Ermordung eines ihrer Führer sich aufzulehnen. Kahr verfügt daß die von den drei Parteien und Gewerkschaften angekündigten Versammlungen im Freien mit allen Mitteln zu verhindern sind. Die ganze Weichardtsenbande ist mobilisiert. Und wie begründet Kahr sein Verbot?

Die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung wäre eine schwere Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, da die Möglichkeit gegeben sei, daß die erregte Menge ihren Führern, ähnlich wie im November 1918, aus der Hand gleitet.

Das heißt, im November 1918 ist die Monarchie gestürzt worden. Kahr hilft sie wieder aufzurichten. Er will in der bayerischen Republik die Monarchie gegen die Arbeiter verteidigen.

Als Antwort auf diese Provokation tritt die USPD für die Erfüllung folgender Forderungen in den Kampf: 1. Rücktritt der bayerischen Regierung, 2. Aufhebung des Ausnahmezustandes, 3. Befreiung der Ausnahmegesetze, 4. Freilassung der politischen Gefangenen.

Die SPD spricht sich gegen dieses Programm aus. Trotz lauer Verhandlungen gelang es nicht, ein gemeinsames Programm der Parteien herzustellen. Unsere weitergehenden Forderungen sind bekannt. Die SPD aber erklärt, nicht für den Sturz der Regierung Kahrs freizugehen zu wollen. Sie spricht sich gegen die Freilassung aller politischen Gefangenen aus.

Wieder stellt die SPD sich an die Seite der Mörder des Proletariats, wieder zerbricht sie, die ununterbrochen uns als die Fortsetzer der Einheit des Proletariats zu bezeichnen die Stirn hat, die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiter.

Sie konstatiert mit einem „leider“ die Unmöglichkeit der einheitlichen Kampffront und beschränkt sich darauf, folgende Forderungen zu vertreten:

- 1. Schnelle Durchführung der Reichs- und Landesverfassungen sowie der Reichsrechte, insbesondere Eingreifen gegen jede Rechtsverletzung und gegen die Verletzung des alten militärischen Geistes in Bayern, 2. Schutz von Leben und Sicherheit aller Staatsbürger, 3. Aufhebung des Ausnahmezustandes, Befreiung der Volksrechte und der Selbstverwaltung, 4. Fortschritt der Staats- und Volksrechte, 5. Sicherung der demokratischen Verfassung.

Während die SPD selbst auspricht, daß Sonern sich heute als Kommissar fühle, bettelt sie bei Kahr um das Einsetzen des Marschens und um die Sicherung der Republik. Gelangt es ihr auch in verhältnismäßig ruhigeren Zeiten mit der USPD eine Einheitsfront heranzustellen, so hat die USPD, infolge der Stimmung ihrer Arbeiter es diesmal vorgezogen, sich nicht von der SPD ins Schlepp zu nehmen zu lassen.

Freilich zeigt auch die „Freiheit“ schon große Reue wegen der möglichen „Unbefonnenheiten“ der Arbeiter. Vor allem aber wagt die USPD, es nicht, den Kampf auf ganz Deutschland auszuweiten, den einzigen Weg, die Forderungen der revolutionären Arbeiter durchzusetzen. Sie schrieb heute noch, daß die Befreiung der Regierung Kahrs Voraussetzung für den weiteren Bestand Deutschlands als Republik sei. Sie sagt, und das mögen vor allem auch die USPD-Arbeiter sich merken, daß die Reichsregierung der Münchener Regierung des Hochverrats und des politischen Verbrechens bisher in jeder Beziehung Vorarbeit geleistet hat.

Von der Regierung, die sie als an der Seite Kahrs stehend bezeichnet, verlangt sie maßvoller oder heuchlerischer Seite den Kampf gegen die Regierung Kahrs. Und da sie nicht gewillt ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und ihren revolutionären Willen durch Aufstellung von Scheinforderungen im Sand verlaufen zu lassen, fürchtet sie die sich bildende Einheitsfront des revolutionären Proletariats und sucht zwischen den Arbeitern der USPD und uns Kommunisten durch eine Hege gegen uns eine Scheidewand aufzurichten.

Sie nennt es „schamlose Verleumdung“, daß wir sie als Regierungspartei, die auch für die Taten der Regierung in ganz Deutschland verantwortlich sei“ bezeichnen. Die „Freiheit“ selbst bezeichnet die Regierung Wirk als verantwortlich für die bayerischen Vorgänge. Ohne ihre Unterstützung ist die Regierung Wirk nicht möglich.

„Die deutsche Rechtspflege steht in diesem Mißkredit denn je. Daran trägt keine sozialistische Propaganda die Schuld, sondern die Rechtsprechung der Gerichte entfaltet selber die intensivste Agitation gegen sich, eine Agitation, die nur auf solche Gemüter unwirksam ist, die nicht fähig oder nicht willens ist, Tatsachen und Urteile miteinander zu vergleichen.“

Die Erniedrigung der Justiz zur Dienerin rücksichtsloser Interessen liegt auf der Hand. Aber nicht alle, die diese besorgniserregende Tatsache feststellen, haben ein moralisches Recht dazu. Im Hauptansatz des preußischen Landtags hielt der Kommunist Kapp eine Rede, aus der hervorging, daß die Kommunisten den Mißbrauch der Justiz nur verurteilen, weil sie selber ihn nicht ausüben dürfen. Kapp kündigte ganz offen an, daß die Kommunisten, wenn sie zur Macht gelangen, ihren Gegnern alles doppelt und dreifach heimzahlen würden, die heute die Arbeiter einsperren, daß die Kommunisten mit allen ihren politischen Gegnern kurzen Prozeß machen würden usw.

Mit solchen Redereien wird der Kampf um eine wirkliche Verbesserung der Rechtspflege nur auf das empfindlichste geschädigt; denn die Anhänger der heutigen Klassenjustiz erhalten dadurch Gelegenheit, triumphierend zu verkünden: Seht, ihr selber wollt ja nur die Justiz zum Werkzeug eurer Politik machen!

So der „Vorwärts“. Er will „weder den Mißbrauch der Justiz von rechts, noch den Mißbrauch der Justiz von links“. Er will „die Überwindung der niederen Kulturstufe der heutigen Justiz durch die höhere Kulturstufe, die Rechtspflege allein um des idealen Zieles der Gerechtigkeit willen“.

Was ist Gerechtigkeit? Gerechtigkeit im kapitalistischen Staat ist, daß die Ausbeuter sich vom Schweiß der Arbeitenden mästen, daß die Ausbeuter Profite einfacken, die Arbeitenden Steuern zahlen, daß die Ausbeuter zur Mehrung ihres Reichtums die Arbeitenden in den Tod hehen, daß die Ausbeuter und ihre Handlanger die Waffen besitzen und sie nach Bedarf gegen die Arbeitenden führen. Das ist Gerechtigkeit im kapitalistischen Staat und wer sich dagegen auflehnt, ist ein Verbrecher, den die ganze Schwere des Gesetzes trifft.

Was ist aber Gerechtigkeit im Arbeiterstaat? Gerechtigkeit im Sinne des Sozialismus? Gerechtigkeit im sozialistischen Sinne ist, daß den Arbeitenden das Werk ihrer Arbeit gehört, daß der Ausbeuter keine Staatsbürgerrechte genießt, daß die Waffen sich in der Hand der Arbeitenden befinden, um sie vor allen Anschlägen der Ausbeuter zu schützen.

Eine Gerechtigkeit an sich, im „idealen“, absoluten Sinne gibt es nicht. So lange es Klassen gibt, gibt es nur eine Klassenjustiz. Die Klassenjustiz der herrschenden Bourgeoisie oder die Klassenjustiz des siegreichen Proletariats.

Aber der „Vorwärts“ mag sich trösten. Die Entwicklung der Justiz von der niederen zur höheren Kulturstufe

erzitiert dennoch. Die Klassenjustiz der untergehenden Bourgeoisie, die sich nur noch durch Massenmord an Proletariat am Leben halten kann, so wie die Ebertrepublik mit Sozialdemokraten an der Spitze sie ausübt, die ist in einem höheren historischen Sinne Verbrechen, weil sie nicht dem geschichtlichen Fortschritt, sondern der Aufrechterhaltung einer geschichtlich verwickelten Klassenherrschaft dient. Die Klassenjustiz des siegreichen Proletariats, so wie Sowjetrußland sie übt, so wie die deutsche Räterepublik sie üben wird, ist in diesem höheren Sinne Moral und Gerechtigkeit, weil sie der Befreiung der Arbeit aus den Fesseln der Lohnsklaverei und damit dem geschichtlichen Fortschritt dient.

Die Scheidemänner haben sich der untergehenden Bourgeoisie verschrieben und damit ihrer Klassenjustiz und den „Mißbräuchen“ ihrer Klassenjustiz. Wenn sie diese „Mißbräuche“ bejammern, wenn sie sie befechtigen möchten, so nur darum, weil sie fürchten, die Brutalität der weißen Justiz werde die Arbeitermassen auf den Plan rufen. Sie wissen, daß die rote Justiz, die Justiz der siegreichen deutschen Arbeiterklasse mit ihnen als ihren verlogenen und darum gefährlichsten und verächtlichsten Feinden kurzen Prozeß machen wird.

Noch wüten die weißen Gerichte. Noch haecst es Zuchthausurteile über Zuchthausurteile. Aber die Zeit ist nicht fern, da das deutsche Proletariat mit seinen Reimigern abrechnen wird. Diese Abrechnung ist nicht die Sache eines Schachers im Parlament, sie ist die Sache der Aktion der proletarischen Massen. Sie ist ein Schritt der sozialen Revolution selbst. Der Schritt von der bürgerlichen Justiz zur proletarischen Gerechtigkeit.

Weitere 17 Jahre Zuchthaus.

Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Halle: Als Hauptbeteiligter an dem während des mitteldeutschen Putschs verübten Eisenbahnattentat an der Strickerstraße in Erfurt, das die Verbindung zwischen West- und Ostdeutschland unterbinden sollte, wurde der Arbeiter Braun vom Sondergericht in Erfurt zu sechs Jahren Zuchthaus und 3000 M. Geldstrafe und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Der kommunistische Stadtverordnete und Gewerkschaftsbeamte August Meich aus Sangerhausen wurde vom Sondergericht Nordhausen wegen schwerer Vorfürs und Landfriedensbruches zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Das Sondergericht in Wittenberg verurteilte den Arbeiter Nikolaus Wehling wegen räuberischer Erpressung und Hochverrates zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Deshalb gilt jedes unserer Worte, solange die USPD nicht in den Kampf gegen das jetzige Regime in ganz Deutschland tritt. Diese Schreibweise der „Freiheit“ aber naeeln wir als das fest, was sie ist, die Sabotage der Bildung der revolutionären Einheitsfront des deutschen Proletariats. Die Arbeiter werden sich dadurch von dem Kampf um unsere Forderungen nicht abhalten lassen.

Polizeiterrror gegen Massentendgebungen in München.

München, 11. Juni. Nur mit Mühe gelang es den Organen der Arbeiter von spontanen Schritten zurückzuhalten. Obwohl die Rechtssozialisten aus Furcht vor den drohenden Nachwehen die öffentlichen Versammlungen abgesagt hatten und diese in Säle einberufen waren

auf Betrieben der kommunistischen Arbeiter gegen 5000 Proletarier heute mittag im Freien draußen versammelt. Auch die SPD und USPD, jandte ihre Redner hinaus, um die Führung nicht aus der Hand zu geben. Der Polizei, die mit Gendarmen und Panzertruppen erschienen war, gelang es, die Versammlung zu lösen. Überall in der Stadt bilden sich Gruppen. Die Einheit des Proletariats wurde bisher nur durch Gewerkschaftsbeamte geführt. Infolgedessen sind die Straßenbahnen heute noch nicht aus dem Stadtbild verschwunden. Es sind Maßnahmen vorbereitet, die auch die Stilllegung der Straßenbahnen vorsehen. Die heutige Morgennummer des „USPD-Organs“, „Der Kampf“, wurde beschlagnahmt. Auch die heutige Nummer des „Extrablattes“ ist beschlagnahmt worden. Trotzdem wurden sie zu schmerzlichen Exerzieren vertrieben. Der „Kampf“ ist bis auf weiteres verboten.

Ausdehnung des Generalstreiks in Bayern.

Als zur Stunde liegen laut „Münchener Post“ Meldungen vor, daß sich der Streik ausgedehnt hat in Augsburg, Reichenhall, Rauenstein, Rosenheim, Moosburg, Fernseelsbruck, Rosenheim, Kürnberg. Von Kürnberg aus wird die Durchführung des Generalstreiks in Nordbayern geleitet.

Hungerstreik in Nieder-Schönenfeld.

(11.) München, 12. Juni. Die die USPD-Zeitung „Der Kampf“ mittels, sind die politischen Gefangenen in der Gefängnis Nieder-Schönenfeld in den Hungerstreik getreten.

Die letzten Vorgänge in Oberschlesien.

Nach einer EE-Meldung aus Paris vom 11. Juni hat die internationale Kommission an die deutschen und polnischen Streitkräfte den Befehl erteilt, den Rückzug anzutreten. Die südlich von Gleiwitz lebenden Deutschen erboten den Feinden, sich von der Ober zur Unterseite, während die Polen bis zur Grenze zwischen den Dörfern Reibitz und Kattibor zurückgehen sollten. Die Räumung habe bereits begonnen. Dies meldet aus Oppeln vom 11. Juni wieder härtere Schicksalsfälle auf beiden Seiten. In Laurahütte haben die Polen Aushebungen vorgenommen. In Kreuzburg sind 700 Apo-Beamte eingetroffen und nach Koyenberg weitergezogen. Das Schicksal am 11. Juni meldet Dem Einzelheiten über das am Donnerstag stattfindende Deutsche-Boorum in Odra. Einige hundert Arbeiter der Wagnersabrik sollen bei einem Auszug, der sich gegen die Deutschen und Juden richtete, in einer Anzahl von Gebäuden erschossen und ihre Geschwister und Angehörigen mitgenommen haben. Gegen Abend habe Wälder die Denselben auseinander getrieben.

Kriegsheld Ramdohr freigesprochen!

Im Leipziger Kriegsverbrechensprozess beantragte der Reichsanwalt eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis. Er ebnete der Verteidigung den Weg, indem er trotz der dem Angeklagten nachgewiesenen Erpressung von Geständnissen von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte abließ und die Anklage auf die Frage, ob der Angeklagte Beamtenfunktionen ausgeübt habe. Der Verteidiger bestritt diese Annahme und schilderte den Angeklagten als mahren Unschuldsengel, als Mann von hervorragendem Pflichtgefühl und wuhle den treudeutschen Edelmut des Angeklagten so out zu verherlichen, daß der nationalistiche Böbel im Zuschauerraum in Beifallsstürme ausbrach.

(WB.) Leipzig, 11. Juni.

Im Prozess Ramdohr wurde heute nachmittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Ramdohr hat auf eigene Faust Massenverhaftungen vorgenommen.

Ramdohr hat die Gefangenen geschunden und gequält.

Ramdohr hat „Geständnisse“ erpreßt.

Ramdohr wurde freigesprochen. Ramdohr mußte freigesprochen werden, denn er hat nur gegenüber dem äußeren Feind getan, was die deutsche Bourgeoisie und ihre Staatsapparate tatsächlich in noch viel schlimmerem Maße gegen den inneren Feind tut. In Ramdohr spricht die weiße Justiz sich, selber frei.

Die Entwaffnung in Ostpreußen.

Zur Durchführung der Entwaffnung der ostpreussischen Orts- und Kreiswehren sind, wie den B. Z. P. mitgeteilt wird, die notwendigen Anordnungen seitens der zuständigen Behörden erfolgt und zum großen Teil bereits durchgeführt, und zwar ohne besondere Schwierigkeiten. Dank der Aufklärungsarbeit der zuständigen Kreise und den vorbereitenden Maßnahmen konnten Reibungen bei der Durchführung der schmerzlichen Aufgabe vermieden werden. Es steht zu erwarten, daß dieses auch weiterhin der Fall sein wird.

Daß die „Entwaffnung“ in Ostpreußen „reibungslos“ und „ohne besondere Schwierigkeiten“ von statten geht, liegt weniger an der Einsicht der Organe als an der Mächtigkeit der Entwaffnungsorgane.

Erst die Profite, dann das Vaterland.

Wie die Erfüllungen der Ultimatumforderungen in der Praxis aussehen, zeigt eine Sitzung des Gesamtvorstandes des sächsischen Industriellenverbandes, die dieser Tage in Dresden getagt hat. Er veröffentlicht eine Erklärung, in der heißt es u. a.:

Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industriellen kann den Optimismus des Herrn Wiederstaubministers Rathenau nicht teilen. Das Gebot der Gerechtigkeit über die Kraft der deutschen Wirtschaft. Unter allen Umständen ist es nötig, daß das gesamte Volk sich zu intensiver Arbeitsanstrengung vereinigt. Der vom Reichskanzler in Aussicht genommene Produktionssteigerung steht die übermäßige Belastung des Besitzes und Einkommens im Wege, so daß der Kapitalneubildung und der Produktionssteigerung die größten Schwierigkeiten entgegenstehen. Auch die Beschränkung der Unternehmerfreiheit durch eine Flut von Gesetzen, die beinahe zu einer systematischen Herabminderung der Unternehmerlust führen, droht die Freude an der selbstverantwortlichen Führung des Betriebes, eine der wichtigsten Voraussetzungen der Produktionssteigerung zu beseitigen. Weiter verlangen die Herren Industriellen die volle Vergütung der Prozentantien Ausfuhrabgabe, die durch

Die Mitteilung des Reichskanzlers in Zweifel gezogen
scheinen und prosperieren. Die Exportunfähigkeit
ist der sächsischen Industrie.

Der Verband erwartet vom Reichswirtschaftsrat,
daß er seine Mitwirkung bei der Durchführung der
noch zu erwartenden finanziellen und wirtschaftspolitischen
Gesetze lediglich unter dem Gesichtspunkt der Förderung
der Produktion durch möglichst Befreiung aller Kräfte
noch entgegenstehenden Schranken geltend macht und
daß auch die Regierung der Industrie mehr
Gehör schenkt, als das leider heute geschieht. Die ge-
plante Sicherung der steuerlichen Auflagen durch eine
20prozentige Hypothek auf die sogenannten „Goldwerte
der Volkswirtschaft“ hält der Verband für eine unmög-
liche Maßnahme, die die Produktion an der Wurzel
trifft.

Die Sprache der sächsischen Industriellen ist recht
unverblümt, umsonst das Gefühl von „Unternehmerfrei-
heit“, „selbstverantwortliche Führung“ usw. Aus jeder
Zeile schreit die einzelne Sehnsucht des Unternehmertums:
„Profit, Profit, Profit“, spricht die Abscheu vor Steuern,
vor irdendwelchen Abgaben und der Wunsch das Profitorat
bei „intensivster Anspannung“ auszubeuten. Ein-
deutig drohen die Industriellen der Regierung mit
ihrer Sabotage: „Noch mehr Stinnesrealiment, noch mehr
Abladung der Lasten auf die arbeitenden Klassen, oder
wir legen die vaterländische Wirtschaft ganz brach.“

Vom faulmittigen Wirth und den übrigen Stinnes-
lahalen wird wenig Widerstand zu erwarten sein, sie wer-
den sich bemühen, den Forderungen der Gewerkschaften zu befrüh-
lichen, die „Luft“ der Unternehmer zu heben, das Prole-
tariat noch mehr bluten zu lassen.

Ausland.

Japanischer Vormarsch in Sibirien.

(O.E.) Selsingfors, 10. Juni 1921.

Der „Krasnaja Gaseta“ wird aus Tschita gemeldet,
daß der Befehlshaber von Wladiwostok General Ru-
maro mit Hilfe von fünf japanischen Truppenabteilungen
zur Besetzung sibirischer Städte geschritten sei.

Protest Tschischerins.

Eine Note Tschischerins an Frankreich klagt Japan
der Absicht an, Sibirien erobern zu wollen. Frankreich
und England begünstigen Japan dabei. Man habe Ver-
weise für die Illoalität Frankreichs gegen Rußland.
Sowjetrußland mache die Entente für die Förderung des
geplanten neuen Interventionsfeldzuges verantwortlich.
Eine ähnliche Note ging an die englische Regierung.

Der Handstreich der Reaktion in Wladiwostok.

Moskau, 10. Juni.

Die Kämpfe zwischen den Arbeitern und den von den Ja-
panern unterstützten Truppen Semjenows dauern an. Der
Staatsstreich begann mit einem Angriff, den eine Schar bewaff-
neter Handlanger auf die Bedeckungsmannschaft von Säcklingen
unternahm. Diese Bedeckungsmannschaft wurde von den Ja-
panern entworfen; dieses Vorgehen der Japaner erlaubte den
Angreifern, sich der öffentlichen Gebäude zu bemächtigen. So
besetzten sie das Haus des Marinestabes und die Verwaltungs-
sektion der Nationalversammlung. Am 27. Mai um 12 Uhr
mittags stieg eine Abteilung Kapselleute ans Land, die vor den
Augen der von den Japanern entworfenen Miliz ein Stadt-
viertel besetzte. Die Fahne der Republik des Fernen Ostens
wurde durch die russische Farnflagge ersetzt. Eine andere
Gruppe drang in die Kanzlei der Nationalversammlung und ver-
haftete die Mitglieder des Bureaus. Der Kommandant der
Miliz wurde ermordet. Trotz der offenkundigen Teil-
nahme der japanischen Truppen an diesem verbreche-
rischen Staatsstreich veröffentlicht das japanische Informations-
büro Bulletins, in welchen es von der Neutralität Japans
spricht. Die Stadt Wladiwostok wird von den Japanern be-
setzt. Die Bande Merkulows hat die demokratischen Organe
aufgelöst und sie durch ehemalige Funktionäre Kotschaks ersetzt.
Ein Massenmeeting hat stattgefunden, in welchem die Rolle der
Japaner gebrandmarkt wurde, welche die russische Bevölkerung
entwaffnen und sich bemühen, ihrem Söldling Semjenow die
Macht in die Hände zu geben. Unter den gegenrevolutionären
Banden herrscht Uneinigkeit. Die Kapselleute und die Sol-
daten Semjenows kämpften miteinander während der Besetzung
der Staatsbank; schließlich wurden sie von den Japanern ge-
zrennt, welche selbst diese Bank besetzt haben.

Die besessene Braut.

Von Konrad Loese

„Wir arbeiten von früh um vier bis in die Nacht um
neun“, sagte Meta. Es ist schwere Zeit, und die Knechte
und Mägde sind so teuer, ach so teuer!“ Meta erging sich
in Klagen über die Unerschämtheit der Arbeitsleute.
„Siebzehn Mark wollen sie im Monat! So was, Du lieber
Gott!, so was!“

„Das ist gerade ein Schock Eier; so viel legen eure
Führer in zwei Tagen. Ihr müßt doch jetzt ein Schweine-
geld verdienen!“, meinte Paul und sah sich nachdrücklich
in der Stube um. Ueber der Tür nach dem Nebenzimmer
hing immer noch das schwarze Rappschild mit dem in
Bauernhäusern weit verbreiteten Spruch:

Wo Glaube, da Liebe,
Wo Liebe, da Friede,
Wo Friede, da Segen,
Wo Segen, da Gott,
Wo Gott, keine Not.

Aber sonst hatte sich eigentlich alles in den drei
Jahren seiner Abwesenheit im Zimmer verändert. Die
früher mit Sand bestreuten Dielen waren mit brauner
glänzender Lackfarbe gestrichen und mit Linoleumläufern
belegt, die gelbe Kiefernholztafelung hatte einer oben
und unten mit Goldleisten eingefassten, leberartigen
Papierverkleidung, von schöner roter Farbe Platz ge-
macht, über diesen barbarischen Prunk klebte ein Streifen
bläuliche Tapete, die knapp unter der Decke mit einer
dritten Goldleiste abschloß. Und die frischgekalkte Decke
war auch noch mit einer bunten Kante bemalt.

In einer Ecke stand eine neue Nähmaschine; auf dem
mit einem Kattunvorhang verhüllten Piano machten sich
Klappentastaturen breit, die Paul zum Teil noch von früher
kannte. Es lagen aber auch ein paar Bücher darauf. Ge-
schenke einer Stadtkundin, die auf diese Weise Bildung
aufs Land brachte, um dafür Eier zu erhalten. Allerdings
las nur Frieda in diesen Büchern, und auch nur selten,

Unternehmeroffensive in England und Amerika.

Die Arbeitgeber der größten kapitalistischen Staaten gehen
zu Lande und in der größten Maßstab über. Der Konkurrenz-
kampf der verschiedenen imperialistischen Mächtegruppen wird in
schärferer Form als vor dem Kriege durchgeführt. Durch die
Kriege, die den Inlandsmarkt östlich in die Hand der Kapital-
magnaten geben und auf dem Auslandsmarkt eine Schlei-
derrückentwicklung ermöglichen, sind in allen Ländern eingetreten, selbst in
England, das früher nie daran gedacht hat das beste Mittel,
den Wettbewerb mit den Gegnern erfolgreich durchzuführen, ist jedoch
die Verbilligung der Produktionskosten durch Herabsetzung der
Löhne. Daß die Bourgeoisie sich jetzt wieder stark genug fühlt,
diesen Kampf gegen die Arbeiterklasse durchzuführen, zeigt fol-
gende Meldung aus England:

„Vom 6. Juni ab werden die Löhne der Eisenarbeiter in
den Midlands um 35 Prozent herabgesetzt. Seit Beginn des
Jahres sind die Löhne um 62½ Prozent und die Verkaufspreise
der Ware um rund 6 Schilling die Tonne gefallen.“ (Börse-
kurier Nr. 257.)

Eine halbe Million englischer Textilarbeiter befindet sich im
Streik gegen die Herabsetzung der Löhne um 30 Prozent.

Aus denselben Gründen stehen die englischen Bergarbeiter
schon über acht Wochen im Kampf. Gerade dieser Kampf der Berg-
arbeiter zeigt deutlich, wie die Arbeiter die Widersprüche und Un-
sinnigkeiten des kapitalistischen Systems tragen sollen, und wie ge-
schickt und raffiniert die Bourgeoisie vorgeht.

Aus Amerika bringt „Journal of Commerce“ vom 21. Mai
ein wenig zwischen den Zeilen dieselben Nachrichten. In der Ver-
sammlung der „National Coal Association“ wies einer der füh-
renden Kohlenbarone auf einen kurz bevorstehenden Kohlenstreik hin
und forderte die Unternehmer auf, „die öffentliche Meinung“ durch
eine Propagandakampagne in ihrer Richtung zu beeinflussen. Ein
anderer Redner führte aus, daß die Kohlenindustrie die wichtigste
des Landes ist, und daß sie unbedingt den Außenhandel braucht.
Und ein dritter zeigte die Schlechtigkeit der amerikanischen Bergar-
beiter, die Sechstundentag, Ferien und sogar Nationalisierung
forderten. Wie die verlangte Propaganda aussehen soll und wel-
chen Zweck sie verfolgt, ist aus folgendem klar ersichtlich:

„Sie müssen das öffentliche Vertrauen, Sie müssen Sym-
pathien haben, wenn Sie gewinnen wollen. (Den Streik. Anm.)
Sie können es nicht anders tun. Sie müssen sich näher zusammen-
schließen. . . Sie müssen klaren Kopf behalten in den Krisen, die
Sie haben werden.“

Die United States Steel Corporation hat für alle ihre Tag-
arbeiter in sämtlichen Werken eine am 18. Mai in Kraft tretende
Lohnherabsetzung von 20 Prozent angekündigt. Weitere Drücke-
reien erfolgten in der Schiffahrt (20 bis 30 Prozent), Bauindustrie,
Druckerei und Textilindustrie.

Ist der Lohnabbau, der verstärkte Ausbeutung, verstärkte Ab-
hängigkeit bedeutet, erst in den noch immerhin kräftigen kapitalisti-
schen Staaten durchgeführt, so müssen ihnen die anderen folgen, und
zum Teil sind sie ihnen schon gefolgt. Die Kapitalisten aller Länder
versuchen durch rücksichtslose Anspannung des Proletariats, die
weltwirtschaftliche Macht und Stärke wieder herzustellen, die sie durch
den Krieg und Krise verloren haben. Das Proletariat soll in der
ganzen Welt die Kosten der kapitalistischen Wiederherstellung
tragen!

Aus der Internationale.

Eröffnung der zweiten internationalen kommunistischen Frauenkonferenz in Moskau.

Moskau, den 9. Juni 1921.

Bei der Eröffnung der zweiten internationalen kommunisti-
schen Frauenkonferenz hält namens des altrussischen Exekutiv-
komitees Kallina die Begrüßungsrede, namens der Roten Ge-
neralstaatsinternationale Lojowsky, für die Rote Armee
Guffen.

Genossin Klara Zetkin, von einem Beifallssturm be-
grüßt, führt aus: „Moskau ist für uns das Symbol des Kampfes
und der baldigen Befreiung. Das ständige Anwachsen der Arbeits-
losigkeit in den kapitalistischen Staaten zeigt, daß wir am Vorabend
des vollständigen Zusammenbruchs der kapitalistischen Welt sind.
Wir müssen allen Arbeiterinnen sagen, daß die Zeit des entschei-
denden Kampfes gekommen ist. Nur die kommunistische Partei kann
in diesem Kampfe helfen!“

Bucharin begrüßt die Konferenz namens des Exekutiv-
komitees der kommunistischen Internationale und der kommunisti-
schen Partei Rußlands: „Wenn wir an unsere ersten internatio-
nalen Zusammenkünfte zurückdenken, sehen wir nur große Erfolge,
die die kommunistische Bewegung schon hat. Uns steht noch viel
Arbeit und vielleicht viele Niederlagen bevor. Aber der Endsieg
ist uns sicher. Die Pflicht der russischen Arbeiterinnen und Täu-
rinnen ist es, standhaft zu bleiben, jeden Versuch der Wiedererrich-
tung des Kapitalismus zu verhindern. Der Zerfall der sozialisti-
schen Parteien hat sehr viele in unsere Reihen geführt, so daß die
kommunistischen Parteien nicht genug Zeit hatten, alle diese umzu-
formen und mit sich zu verschmelzen. In der kommunistischen

wenn sie ihren schlechten Tag hatte. Frieda war bleich-
süchtig und mußte sich manchmal schonen.

„Guch geht's nicht schlecht!“ lobte Paul. Meta erkun-
digte sich, in welcher Lotterie er gewonnen habe und
fragte nach den Preis seines Anzuges. Dann holte sie
Schinken, Wurst, Butter und Brot, gab ihrer Tochter
Anweisungen und verzog sich in den Stall, um zu melken.
„Bei uns gibt's keinen Urlaub!“ sagte sie noch, ehe sie mit
ihrer Tochter verschwand. „Wir wissen vor Arbeit nicht,
wo uns der Kopf steht.“

Unterdessen kam der alte Emil mit Andinas Mutter
vom Felde. Emil war ein langer dünner Mann, der
wenig lächelte, und er bearbeitete seinen Sohn, ohne sein
Gesicht mehr als gewöhnlich zu verzieren, und betrach-
tete seine Schwiegertochter, die er zum erstenmal sah,
ohne sich aus seiner Ruhe bringen zu lassen.

Paul forderte seinen Vater auf, mitzukommen, aber Emil
wußte wohl, daß ihm dies hier nicht zukam. Er lenkte
ab und zeigte zum Fenster hinaus: „Junge, hast du unser
altes Haus schon betrachtet?“ Er meinte das Nachbar-
haus, das ihm einstmal gehört hatte. „Man kennt's
kaum noch! Sie haben die Borderrand rausgerissen und
lauter neue Fenster eingesetzt. Voriges Jahr haben sie
einen anderen Stall gebaut.“

Paul hatte, wie er sagte, den Schwindel schon be-
sichtigt, außerdem wäre jetzt in der Dämmerung nicht
mehr viel zu sehen. „Warum konnte der Krieg nicht
zwanzig Jahre früher kommen!“, fuhr Emil mit gleich-
mütigem Lächeln fort: „Junge, da wären wir auch was
geworden.“

Paul blieb ungerührt: „Ich bin froh, daß du nichts
gemorden bist. Da sollte ich mich jetzt wohl auf der
Klischee abfinden? Ich war lange genug Knecht. Ich
danke.“

„Lezten Herbst haben Andinas allein für 6000 Mark
Kleefamen verkauft.“ „Na, da laß sie doch. Wieviel
kriegt du denn Dividende?“ Der Alte tippte sich mit
einem Blick auf seinen Sohn vor die Stirn, und alle drei
lachten.

International wurde in Deutschland, der Lebensmittel, beson-
ders in Italien Verträge gemacht, einen rechten Flügel zu bilden.
Wie muß, in uns allen Schwankungen energisch widerstehen. Ich
bin für überzeugt, daß es uns zusammen mit der alten revolutionä-
ren Kampfplan Klara Zetkin gelingt, alle Opportunisten zu ver-
drängen.“

Gewerkschaftliches.

(W. T.) Wernigerode, 10. Juni.
Wernigerode, der auch die Brockenbahn Nordhausen—
Wernigerode, der auch die Brockenbahn umfasst, ist seit gestern
eingestellt. Das Personal hat wegen Lohnforderungen die Ar-
beit niedergelegt.

Die Lage im Waldenburger Revier. Erlogene Nachrichten der „Freiheit“. — Die Streikleitung teilweise verhaftet.

Aus Waldenburg wird uns nachträglich noch gemeldet: Nach-
dem die Reichs- und Sicherheitswege in das niederschlesische
Streikgebiet eingezogen ist, heft die Presse, namentlich die mehr-
heitssozialistische „Schlesische Bergwacht“ in geradezu verbröche-
rischer Weise gegen die Kommunisten und gegen die aus Ange-
hörigen aller Parteien zusammengestellte Streikleitung. Alle
Nachrichten der „Freiheit“ und der bürgerlichen
Presse über die Verhaftungen. In dem Streikgebiet
herrscht vollständige Ruhe.

Die Streikleitung wird von der Sipo gehetzt. Wie verlautet,
soll fast die ganze Streikleitung verhaftet sein.
Die Erbitterung der Bergarbeiter wird immer größer. Die Be-
ziehungen des Bergarbeiterverbandes ist erloschen. Trotz des
welschardischen Terrors herrscht die beste Kampfstimmung. Die
Arbeiterklasse ist vollständig erwacht. Weitere Massenverhaftungen
sollen geplant sein.

Die Regierung vermehrt das Arbeits- losenheer.

Massenentlassungen bei der Post.

Die vielbesprochene Sparpolitik der Regierung führt
dazu, daß immer größere Schichten von unteren Staatsangestellten
in das Elend der Arbeitslosigkeit hinabgestoßen werden. Den
geplanten Massenentlassungen bei der Post geht eine systematische
Hege in der bürgerlichen Presse voraus. Hier wird geschrieben:

Von dem Personalüberfluß bei der Post gibt
ein besonders anschauliches Bild der Bestand bei den Oberpost-
kassen der Oberpostdirektionen. Im März 1914 waren bei dieser
287 Kräfte tätig; jetzt sind es 600, also mehr als das Doppelte.
Nach mehr ist das Personal bei den Hauptkassen der Verkehrs-
ämter verstärkt worden. Ein größeres Postamt hatte vor dem
Kriege 2½ Kräfte in der Hauptkassette beschäftigt, während jetzt
dafür 14 verwendet werden. Nach den Berichten der Oberpost-
direktionen besitzt zudem ein großer Teil dieser Kräfte keine
oder unzulängliche Kenntnisse im Kassens- und
Rechnungswesen. Das Reichspostministerium ist der Meinung,
daß schwierige Arbeiten besser mit weniger,
aber geübteren Kräften zu Ende zu führen sind, als
mit vielen unzulänglichen Personen. Das Personal soll
deshalb fortgesetzt eingeschränkt werden.

Durch die Entlassung jener Kräfte, die „keine oder unzu-
längliche Kenntnisse im Kassens- und Rechnungswesen haben“, wird
vor allem die Masse der Kriegsbeschädigten getroffen, die
bei der Post untergebracht sind. Sie erhalten jetzt von der Ober-
postrepublik den Dank dafür, daß sie sich für die Monarchie und die
Kapitalisten haben zum Krüppel schließen lassen.

Uebervölligende Stimmenmehrheit für den Streik in der eisenschmelzenden Metallindustrie.

Nach einer U. Meldung aus Mülhausen vom 11. Juni
haben die eisenschmelzenden Metallarbeiter als Antwort auf die von
den Unternehmern angekündigte Lohnherabsetzung in
einer Urabstimmung in den Betrieben sich fast einstimmig
für den Streik erklärt. Das vorläufige Gesamtergebnat
lautet: 5983 Stimmen gegen die Annahme
des Unternehmervorschlags bei 69 Stimmen
dafür.

Hungerbroden.

Berlin, 11. Juni.

Entsprechend einem neuerlichen Beschluß der Reichsregierung
hat der Reichsarbeitsminister die Geltung der gegenwärtigen Höchst-
sätze der Erwerbslosenfürsorge, die ursprünglich nur für die Winter-
monate galten sollten, um einen weiteren Monat, also bis 31. Juli 1921
verlängert.

Die „Höchst“-sätze der Erwerbslosenunterstützung bedeuten
einen lächerlichen Hungertribut an das proletarische Elend. Die
Arbeitslosen können sich also einen ganzen Monat länger der Gnade
des Kapitalistenstaates erfreuen.

„Ist denn Frieda schon versprochen?“, fragte Pa-
etwas leiser. Gerade steckte aber Frieda den Kopf durch
die Tür: „Emil, die Mutter ruft. Du sollst Vater helfen.“

„Ja“, sagte Emil, indem er gleichzeitig die Frage
seines Sohnes beantwortete, und dann ging er.

Paul schnitt sich eine große Scheibe Wurst ab.
„Klara ist dich satt, im Gasthaus gib's doch nichts Ge-
scheites.“

Klara ließ sich nicht nötigen. Zwischendurch fragte
sie, was ihr Schwiegervater jährlich bekäme.

„Was er braucht und ein paar Mark für Ta-
bak“, sagte Paul. Dann machten sie sich fertig: sie woll-
ten in Oberdorf über Nacht bleiben. Es war halb neun,
und nun war auch die Arbeit im Andinischen Hause ge-
tan. Sie verabschiedeten sich also, wobei Paul Verbeu-
rungen machte wie ein Graf. Er lud auch seinen Vater
noch ein, nach dem Essen ein Glas Bier in der Schenke
mit ihm zu trinken, aber Meta mahnte anzüglich. Emil
sollte nicht zu lange bleiben, morgen müßten sie früh aus
den Federn. „Wauernpack!“, sagte Paul, obwohl etwas
neidisch, vor der Tür zu seiner Frau.

„Prohens!“ Es steckt doch nichts dahinter“, sagte
Meta ihr Urteil über ihre Gäste zusammen.

Frieda beklagte sich, ihr fäde der Kopf von dem vie-
len Geschwätz weh, und ging gleich nach dem Essen zu
Bett. Sie konnte aber nicht einschlafen. Es verdross sie,
daß Paul eine so hübsche, dicke Frau hatte. Die alten
Geschichten fielen ihr ein. Ihr Vater war als gedienter
Trainsoldat gleich bei Kriegsbeginn eingezogen worden,
Paul, der noch nicht Soldat gewesen war, war noch ein
paar mal reklamiert worden und hatte die Zeit benützt,
um nach ihrer Tugend zu trachten.

„So ein frecher Kerl!“, dachte sie, noch immer über
diese unverdächtige Umarmung des hungerleidenden
Sohnes eines bankrotteten Vaters erzürnt. Und sie dachte
bei der Erinnerung, wie ihre Mutter ihn aus dem Hause
gejagt hatte. Offenbar war ihm das aber zum Guten
ausgeschlagen, und das war recht ärgerlich.

(Fortsetzung folgt)

Verbandslag der Bergarbeiter.

7. Verhandlungstag.

Es entspinnt sich zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte, weil die Kommunisten Rundschreiben auf die Tische der Delegierten gelegt hatten.

Die Gehaltsfrage wurde nach dem Vorschlag der Gehaltskommission erledigt.

Wismann gab den Bericht über die Sozialfürsorge. Er klagte über geringe Opferbereitschaft der Bergarbeiter. Der ADGB habe 10 Punkte aufgestellt, den Kommunisten, die diese Punkte unterstützen und zur Durchführung beitragen wollen, rufe er zu: Das laßt unsere Sorge sein! Wir werden schon, wenn die Zeit gekommen ist, auch die notwendigen Mittel zur Verfügung haben. Aber morgen schon zu Wutischen schreiten, lehnen wir ab. (11)

Ein Antrag Sellbrich, ein Schreiben der russischen Kameraden zu verlesen, in dem sich diese über das Nichtverlesen ihres Telegramms beschwerten, wird durch Uebergang zur Tagesordnung abgewürgt.

Schmidt vom Hauptvorstand gibt bekannt, daß die Verhandlungen in Berlin über die Streikfrage im Waldenburger Kohlenrevier zu dem Ergebnis geführt hätten, daß die Bergarbeiter vom 1. Juli ab 5 M. Lohnzulage pro Schicht bekommen sollen. (Zurufe von Nebenbesuchern: Wir begrüßen das.) Schmidt empfiehlt die Annahme.

Die Wahlkommission berichtete, daß der alte Vorstand wiedergewählt und als neu Wasko und Martinelli zugewählt wurden. Walthe ist derjenige, der für die Kaliberrern höhere Preise verlangt, um die Industrie zu retten.

Dann nahm Hufemann das Schlusßwort. Er lobte sich und die Delegierten, daß sie die ungeheure Arbeit so glatt erledigt hätten und daß alles so gut „geklappt“ hat. Er dankte allen Gästen, dem Sozialkomitee, dem Wirt, ja sogar der Presse. Von letzterer sagte er, daß sie mit Ausnahme einiger „Engländer“ objektiv berichtet hätte.

Hufemann konnte es zum Schluß nicht vermeiden, den Kommunisten bittere Vorwürfe zu machen und ihnen gute Lehren zu geben. Den Sellbrich und Genossen rufe er zu: Laßt das verächtliche Spiel. Er schloß mit den erhebenden Worten des Evangeliums: Geht hin in alle Reviere, werbt und schafft für die Organisation, damit sie stark und mächtig werde. Die Laten Fritz Hufemanns werden, wie dieser Kongreß gezeigt hat, das Gegenteil von seinen Schlußworten bewirken. An den Bergarbeitern wird es liegen, in den zukünftigen Kämpfen die wirkliche Einheit und Zusammenarbeit aller Proletarier auf dem Boden des Klassenkampfes zu schaffen.

Stehenden Fußes wurde ein Hoch auf die Internationale ausgebracht und unter den Klängen eines Liedes nach der Melodie: „Wohl auf Kameraden, auf's Pferd, auf's Pferd“ ging die Generalversammlung auseinander.

Hufemann hat recht. Der Vorstand kann zufrieden sein. Es hat gut „geklappt“. Ob aber die Mitglieder zufrieden sein werden, ist eine andere Frage. Auf diese Generalversammlung wird noch des öfteren zurückzukommen sein. Unsere Auffassung, die wir bei Gründung der Fomina kennzeichneten, hat sich bis zum Schluß bestätigt: Sie begann, vertiefte und endete unter dem Symbol der bürgerlichen Demokratie.

schwarz-rot-gold.

Aus der Provinz

Neu-Salzbrunn. Nachdem die Gewerkschaftsbürokratie am Sonnabend, den 4. d. M. den Streit der Bergarbeiter abgewürgt hatte, fanden am Sonntag, im ganzen Revier Bergarbeiterversammlungen statt. In diesem wollten die Gewerkschaftsführer den Massen plausibel machen, daß keine andere Wahl sei, als Aufnahme der Arbeit, unter den kläglichsten, bekannten Bedingungen. Die Versammlung am 5. d. im „Annahof“ in Neu-Salzbrunn war für die Verbandsleitung eine schwere Niederlage. Nachdem der Gewerkschaftsführer mit seinem langweiligen Referat, in dem er die Aufnahme der Arbeit gut hieß, anstand hatte, trat ihm Genosse Jäger entgegen und erklärte die verräterische Gewerkschaftsbürokratie nach hand hässlichen Verfall. Nachdem noch einige Kameraden gegen Aufnahme der Arbeit gesprochen hatten, unterbrach ein Genosse folgende Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, und in der Veranlassung sowie in der „Schließlichen Arbeiterzeitung“ veröffentlicht werden sollte, die Bergarbeiterschaft aber verweigert, diese Resolution nicht zu bringen. Die Resolution lautet:

Die anwesenden Kameraden verurteilten scharf die unverständliche Handlungsweise der Zentralverwaltung und der Vertreter des Hauptverbandes, den Kampf in einer für die Arbeiter günstig liegenden Situation abzubrechen und die Bergarbeiter bedingungslos dem Grabenkapital auszuliefern. Sie betrachten die angenommenen Vorschläge nur als eine Falle, die sich in kürzester Zeit katastrophal für die Arbeiter erheben wird. Sie fordern vom Hauptverband, auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen, oder wenn er dies nicht willens ist, von seinem Amte zurückzutreten. Die Arbeiter fordern ferner, zukünftige Kämpfe auf breiterer Grundlage zu führen. Sie verurteilen jede Zersplitterung und fordern Massenaktionen bis zur internationalen Zusammenfassung. Auf gewerkschaftlichem Gebiet fordern die anwesenden Kameraden die Bildung einer Einheits-

front, auf der Grundlage der Inva-

denverbände, die nur allein geeignet sind, die Einheitsfront der Arbeiterklasse her-

beizuführen und so die zukünftigen Kämpfe im Interesse der gesamten Arbeiterklasse durchzuführen.

Warnung vor einem Spitzel.

Mag Leininger aus Falkenstein (Vogtland) ist 1,75 bis 1,80 Meter groß, spricht österröcher Dialekt, schwarzes Haar, ist sehr nervös.

Derselbe hat die Ortsgruppen in Deutsch-Böhmen und um Ziegenhals geplündert. Er sei jetzt augenblicklich bei der Orgesch in D.-S. Es wird vor ihm gewarnt.

Für Waldenburg

Die Bonzen sind gegen Urabstimmung, wenn sie etwas beschlossen haben, und für Urabstimmung, wenn die Arbeiter etwas beschlossen haben.

Die Bonzen wollen den Beschluß der Arbeiter immer sabotieren.

Sind das Führer der Arbeiter oder ihre Feinde?

Arbeiter! Jagt alle verräterischen Bonzen zum Teufel. Sie sind euch schlimmere Feinde, als Sipo und Reichswehr, die ihr wenigstens an der Uniform als Feinde erkennt.

Die beste „Demokratie“ ist die, die mit Kolben und Handgranaten beigebracht wird. Arbeiter! Seht euch eure „Führer“ an, die immer die „Demokratie“ im Mantel führen, euch wie die Diktatoren behandeln und euch die weißen Garden auf den Hals schießen.

Nur keine Politik, sagt der Bonze. Und halt Reichswehr und Schupo, um so den „wirtschaftlichen“ Kampf zu führen.

Für wen ist der Bergarbeiterverband da? Für die Arbeiter oder für die Bonzen?

Der Bonze sagt: „Für mich! Denn ich bekomme mein Gehalt, auch wenn die Arbeiter streiken. Und wo können wir hin, wenn die Massen nicht mehr parieren wollen?“

Aber der Arbeiter muß dem Bonzen einen Tritt geben: denn der Verband ist nicht nur für den Arbeiter, der Verband, das sind die Arbeiter selbst. Die Bonzen, wenn sie nicht die Arbeiterinteressen verfolgen, sind wie Fische und Käuse, die sich von Arbeiterblut nähren.

Man muß das Ungeziefer vertilgen.

Nicht heraus aus dem Verband, sondern: heraus mit den verräterischen Bonzen ist die Parole für die Arbeiter.

Spitzel, Sipo und Reichswehr verhaften eure Kameraden und „strenge hehen.“

Warum verhaften sie sie?

Weil sie mit euch wären, weil sie gegen die Bonzen waren, weil sie gegen die Bourgeoisie, gegen die Unternehmer zum Kampf riefen.

Arbeiter! Merkt ihr daraus, was die Bonzen sind? Sie sind Knechte der Unternehmer, Freunde der Polizei, aber nicht Beauftragte der Arbeiter.

Jagt sie zum Teufel! Nehmt eure Sache selbst in die Hand! Solange ihr nicht eure Verbände selbst beaufsichtigt und leitet, werden euch die verräterischen Schmarotzer, die Gewerkschaftsbürokraten, verraten.

Piegnitz. „Mit Gott für König und Vaterland.“ In Piegnitz haben die Monarchisten ein Denkmal für die gefallenen Königsgrenadiere enthüllt. Die prangt auf dem Gedenkstein die Inschrift „Mit Gott für König und Vaterland.“ Unter griechem Rahmen nationalitätlicher Weiber und der „höheren“ Schulung stand die Einweihung hat, der auch der ehemalige Kaiserprinz Oskar bewohnte. Die „Krieger“-denkmal fanden Kramm und der Bruder des Schiebersprünzen Titel nahm die Parade ab. Monarchistisch: und patriotische Lieber wurden geglaubt, es war eine Nieder: ganz wie einst im Mai.

Das Schöne aber ist, daß die braunen Piegnitzer Sozialdemokraten aus dem Stadtpark die Mittel bewilligt haben für diesen Marktstein der deutschen Monarchie. Das heißt den Piegnitzer Sozialisten so richtig ähnlich: „Mit Gott für König und Vaterland.“ Höher geht's nimmer.

Welt. Orgesch — nach wie vor. Mit Argwohn wacht die Staatsanwaltschaft, daß die Kommunisten sich nicht zu Geheimbünden zusammenschließen. Selbst Hilfsorganisationen, die sich die Unterstützung der Hinterbliebenen der ins Zuchthaus gekommenen Arbeiter zur Aufgabe gemacht haben, bleiben nicht von einer Auflösung verschont.

Andero natürlich, wenn es sich um die Orgesch handelt. Obwohl diese für die „Ordnung“ so nützliche Einrichtung auf der Auflösungsliste steht, macht sie nach wie vor von der Blühtigkeit ihres Daseins reden.

So haben wir in den „Börsther Nachrichten“ ein von Chauvinismus triefendes Eingeländt, das sich gegen die französische Schaufenster-Ausstellung eines Nobevertrages wendet. Unterzeichnet ist das Eingeländt von der „Bezirksleitung Niederschlesien der Orgesch“.

So etwas sehen natürlich die schließlichen Staatsanwälte nicht, da haben sie viel zu viel mit den Kommunisten zu tun. Aber an dieses zweierlei Maß ist man in der Ebert-Republik ja gewöhnt.

Krankenfeld. Vom harmherzigen Samariter. Der Arbeiter-Turnverein Reigelsdorf, bestehend aus einem Teil unserer Genossen und einem Teil SPD-Anhänger, unternahm am Sonnabend, den 4. Juni, abends, einen Nachturnmarsch nach Frankenstein. Als genannter Verein in der Nacht Frankenstein passierte, kam ein Transport von 45 Schwerverwundeten der Irekorps aus Schlessen an. Da Autos oder sonstige Kraftfahrzeuge nicht zur Verfügung standen und die Träger für die Verwundeten nicht ausreichten, wurde obengenannter Verein aufgefordert, Krankentragedienste zu leisten. Nachdem sich unsere Genossen erkundigt hatten, um was für Verwundete es sich hier handelt, forderten unsere Genossen die aus einigen Schwarzkittel und einer Masse Herren im Stehkragen aus dem Bürgerlum sich zusammensetzende Menge auf, mitzuhelfen. Da diese sich drückten, wurde ihnen von unseren Genossen der Standpunkt gehörig klar gemacht, und wenn sie sich nicht sofort bühne gemacht hätten, konnten sie noch eine gehörige Tracht Prügel erwischen. Es wurde unter anderem den Herren folgendes zugerufen: Nicht wahr, wenn dies hier verwundete Kommunisten wären, da würdet ihr Lumpenpack schon helfen, aber natürlich mit dem Stiefelablag ins Gesicht. Unsere Turngenossen haben dann die Verwundeten untergebracht. Sie machten aber den verführten Leuten das Unfinnige ihres Kampfes klar. — Hoffentlich sehen nun die Arbeiter ein, daß sie sich wohl schlagen dürfen für die Herren im Gehrock und in der Stola. Aber nicht einmal Pflege und Unterkunft gewährt diese dreifache Gesellschaft. Zu was auch, verwundete Orgeschleute können ihnen doch nicht mehr helfen.

Der kommunistische Gewerkschafter

muß mehr denn je Verbreitung unter allen Arbeitern und Angehörigen finden. Die Gewinnung der Seelen aller Klassengenossen verbürgt auch die Einstellung der Gewerkschaften für den Klassenkampf, zum Siege über die Ausbeuter und Unterdrücker. In diesem Kampfe ist der kommunistische Gewerkschafter die beste Waffe, um zu siegen!

Wer den Sieg will, der muß auch für die größtmögliche Verbreitung von Waffen sorgen. Unseren Genossen und Angehörigen diese Arbeit zu erleichtern, hat die Reichsgewerkschaftszentrale beschlossen.

vom 1. Juli ab

den kommunistischen Gewerkschafter im Postabonnement für 3.— M. pro Vierteljahr zu liefern und das Einzelgenus für 30 Pfennige

abzugeben. — Ferner sollen alle Bezahler, die mehr als 50 Exemplare jeder Ausgabe erhalten, vom Verlage direkt beliefert werden. Solche Bezahler müssen sofort ihre Bestellung beim Verlag aufgeben.

Postabonnements müssen unverzüglich zu dem neuen Bezugspreis bei den zuständigen Postanstalten aufgegeben werden.

Genossen, werbt und agitiert für unsere Gewerkschaftszeitung. Gebt gefundene Exemplare euren Klassengenossen. Sammelt neue Anhänger und Leser für den kommunistischen Gewerkschafter.

Reichsgewerkschaftszentrale der R.A.P.D.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wie uns die „Breslauer Messe-Gesellschaft“ mitteilt findet die Breslauer Herbst-Messe in der Zeit vom 4. bis 8. September statt. Sie ist offen für alle Erzeugnisse mit Ausnahme der Gruppen „Maschinenbau und Technik, Baugeschäfte und Landwirtschaftliche Maschinen“.

Verantw. Redakteur: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlags: Soz.-Verlag, e. G. m. H., Breslau. Druck: Fritz Wolff, G.m.b.H., Berlin S. 14.

Kommunistische Literatur

- Marx u. Engels, Das kommunistische Manifest M. 2.—
- Gorter, Der historische Materialismus M. 4.—
- Luxemburg, Die Krise in der Sozialdemokratie (Juniusbroschüre) M. 2.—
- , Sozia reform oder Revolution M. 2.—
- Radek, Die Entwicklung der Weltrevolution M. 3.—
- Spartakusbriefe M. 5.—
- Luxemburg, Rede zum Programm M. 0,50
- Snowjew, Was d. kommunistische Internationale war und was sie sein wird M. 1.—
- Leitsätze und Statuten der kommunistischen Internationale M. 2,50
- Die kapitalistische Welt und die kommunistische Internationale M. 1.—
- Klara Zetkin, Der Weg nach Moskau M. 1.—
- Trotsky, Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kautsky) M. 4,50
- Szanti, Klassenkämpfe u. die Diktatur in Ungarn M. 0,50
- Varga, Die wirtschaftlich-politischen Probleme der proletarischen Diktatur M. 3,50

- Losowsky, Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften M. 1,25
- Brandier, Gewerkschaften und Betriebsräte M. 2.—
- , Betriebsräte und politische Arbeiter M. 1,50
- Schlappackoff, Die russischen Gewerkschaften M. 2.—
- Miljutin, Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjetrußland M. 3,50

Literatur über Sowjetrußland

- J. Lenin und L. Kritzmann, Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland 1917—1920 M. 11.—
- Kodes der Arbeit der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik M. 2,40
- Karl Radek, Das dritte Jahr des Kampfes der Sowjet-Republik gegen das Weltkapital M. 1.—
- , An der Schwelle der großen Aufbauarbeit in Sowjetrußland M. 0,50
- J. Stepanow, Über ausländische Kommissionen M. 1.—

Aufklärende Schriften

- Lederer, Gott und Teufel im 20. Jahrhundert M. 1.—
- Nieuwenhuis, Die Bibel M. 2,50
- , Der Gottesbegriff. Seine Geschichte und Bedeutung in der Gegenwart M. 0,75
- , Das Leben Jesu M. 2.—
- Wir empfehlen:
- Holtzcher, Drei Monate in Sowjetrußland M. 21.—
- Nexö, Der Morgen graut M. 11.—
- Luxemburg, Briefe aus dem Gefängnis M. 6,50
- Liebknicht, Briefe aus dem Felde und dem Zuchthaus M. 18.—
- Sieben erschienen:
- Karl Radek, Die Krise in der VKPD M. 0,25
- Kabaktseff, Die Gründung der kommunistischen Partei Italiens M. 1,50
- N. Lenin, Die Lehren der Revolution M. 2.—
- , Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? M. 2.—
- , Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen M. 2.—

Zu beziehen durch: Kommunistische Bücherei - Breslau V, Gräbschener Str. 45